

Avanti ²

Theoriebeilage:

„Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!
Gleiche Rechte für alle!“ – Entwurf eines Aktionsprogramms

ISO Rhein-Neckar



Proteste in Paris, Dezember 2018.

Foto: Photothèque Rouge - Martin Noda.

Empört Euch! Organisiert Euch!

H. N.

Die Durchschlagskraft des neoliberalen Kapitalismus besteht in einer klaren und simplen strategischen Orientierung. Alle Hindernisse für die grenzenlose Profitmaximierung sollen beseitigt werden.

Vor dem Hintergrund eines zunehmenden globalen Wirtschaftskrieges wollen die Superreichen und ihre politischen Handlanger die seit Jahrzehnten anhaltende Offensive des Kapitals noch weiter verstärken.

Bereits die bisher erzielten Ergebnisse lassen einen schwindeln. 147 Konzerne beherrschen 2011 die Weltwirtschaft. Die acht reichsten Männer der Welt besitzen 2016 mehr als 3,6 Milliarden Menschen **Fortsetzung auf S. 2**

Liebe Leserinnen und Leser,

alle guten Wünsche für das neue Jahr – vor allem aber Gesundheit und viele Momente der Freude und der Solidarität!

2019 fängt – wenig überraschend – so an, wie das letzte Jahr geendet hat. Das kapitalistische Chaos entwickelt sich in all seinen Erscheinungsformen weiter. Der Irrsinn des Systems der Profitmaximierung ist untrennbar mit den zynischen Zumutungen der Kapitaldiktatur verbunden.

Seit Herbst 2018 empört sich die Bewegung der „Gelbwesten“ in Frankreich gegen die herrschenden Zustände. Kann diese Rebellion von unten die Kräfteverhältnisse weiter zugunsten der Mehrheit verschieben? Wird sie international einen stärkeren Widerhall als

bisher finden – insbesondere hierzulande? Antworten auf diese Fragen werden die nächsten Wochen und Monate geben.

Sicher ist jedoch, dass die Notwendigkeit einer organisierten Gegenwehr gegen Armut, Aufrüstung, Rassismus, soziale Ungleichheit, Unterdrückung und Umweltzerstörung immer offensichtlicher wird. Politische Vorschläge hierzu enthält unsere Theoriebeilage.

Sicher ist auch, dass wir alle einen Beitrag zum demokratischen Widerstand leisten können! In diesem Sinne verstehen wir auch die Herausgabe der *Avanti*² und freuen uns auf Eure Unterstützung. Wir wünschen viel Interesse an der Lektüre der vorliegenden Ausgabe!

Eure Redaktion

INHALT

TITEL	REVOLUTION 1918/19
01 ANTIKAPITALISMUS Wann, wenn nicht jetzt?	07 KONTERREVOLUTION Hohe Kosten
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	RÜCKBLLENDE / TERMINE
03 GESUNDHEIT Aktion „Olympischer Brief“	08 JANUAR 1919 „Bolschewistischer Umsturzversuch“?
04 BR-MOBGING I Was tun?	08 TERMINE
05 BR-MOBGING II Dokumentation	THEORIEBEILAGE
REVOLUTION 1918/19	„Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! Gleiche Rechte für alle!“ – Entwurf eines Aktionsprogramms
06 SEMINAR Was wurde aus der Revolution?	

Fortsetzung von S. 2 – d.h. mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die globale Menge des 2017 vorhandenen Bar- und Buchgelds ist zwölf Mal so groß wie der Preis aller kaufbaren Dinge.

Durch Ungeschützttheit, Verlagerung, Vernichtung und Zerstückelung von menschlicher Arbeit wollen die Herrschenden das Kräfteverhältnis noch mehr zu Gunsten des Kapitals verschieben. Mit der „Digitalisierung“ streben Wirtschaft & Politik zudem eine grundlegende Transformation der Arbeitswelt an. Die verbliebene Schutzmacht von Gewerkschaften soll entscheidend geschliffen werden.

Der erfolgreiche Klassenkampf von oben wird verstärkt durch eine flexible Taktik bei seiner Umsetzung. Flankiert wird dies alles durch eine permanente ideologische Gehirnwäsche. Rund um die Uhr.

Margaret Thatcher, die britische Vorkämpferin des Neoliberalismus, gilt als Erfinderin des „TINA-Prinzips“: „There is no alternative“ – „Es gibt keine Alternative“. In der Formulierung von Frau Merkel heißt das, die prokapitalistische Politik der Bundesregierung sei „alternativlos“.

Thatchers Losung „Ein starker Staat für eine freie Wirtschaft“ und Merkels „marktkonforme Demokratie“ hatten und haben zwei Seiten. Einerseits weitestgehende Reduzierung der staatlichen Wirtschaftskontrolle, um dem Kapital freie Fahrt zu geben. Andererseits zunehmende Verstärkung und Raffinesse der staatlichen Kontroll- und Unterdrückungs-

techniken, die gegen die große Mehrheit gerichtet sind.

Ergänzt wird das um eine weitere Ebene – den Pseudo-Dialog. KritikerInnen eines Vorhabens werden zum Gespräch, zur Mediation oder zur Schlichtung eingeladen. Ziel dieser Methode ist es, in fortgesetztem „Meinungsaustausch“ den Gegner zu erschöpfen und den – vorgegebenen – Konsens als absolute Norm durchzusetzen. Gleichzeitig können die Verweigerer eines Dialogs als „unverantwortlich“ und „radikal“ diffamiert werden.

Ein Schelm, wer dabei an die aktuelle Politik etwa in Frankreich oder in Deutschland denkt ...

Dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Juncker, werden die folgenden Sätze zugeschrieben: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Wie gut, dass die Rebellion der „Gelbwesten“ in Frankreich seit November 2018 genau diese Politik in Frage stellt. Trotz rechter Manipulationsversuche und trotz der Bekämpfung durch Regierung, Polizei, Justiz und Medien.

Ist es nicht an der Zeit, auch hierzulande aktiver zu werden? Was hindert uns, Vereinzelung und Passivität durch solidarischen, gemeinsam organisierten Protest gegen die Auswirkungen des Kapitalismus zu überwinden? ■

„Olympischer Brief“ gegen die Profitorientierung im Gesundheitswesen

O. T.

Ab 10. Januar 2019 startet die bundesweite Aktion „Olympischer Brief“ in Kiel. Sie will Druck für ein an den Bedürfnissen der Menschen orientiertes Gesundheitssystem erzeugen. Von Kiel aus wird die 40 Meter lange Schriftrolle mit dem Brief und möglichst vielen Unterschriften in einem Stafettenlauf quer durch Deutschland transportiert.

Die breit angelegte Aktion soll auf die schlimme Situation im Gesundheitswesen aufmerksam machen und vor allem die Betroffenen in den Krankenhäusern einbeziehen. Die entsprechenden Termine für den Rhein-Neckar-Raum werden noch bekannt gegeben.

Am 5. Juni 2019 wird der Brief mit einem zentralen Demonstrationzug in Leipzig der dort tagenden Konferenz der GesundheitsministerInnen übergeben werden.

Unterstützt diese Aktion!

Facebookseite: www.facebook.com/olympic.letter/



Warnstreik am Uniklinikum Heidelberg, 25. Januar 2018.

Foto: Avanti²

Der „Olympische Brief“

An
Die Gesundheitsminister*innenkonferenz,
den Bundesminister für Gesundheit,
die Gesundheitsminister*innen und -senator*innen der Länder,

wir schreiben Ihnen aus dem ganzen Bundesgebiet, aus öffentlichen, privaten, freigemeinnützigen und kirchlichen Krankenhäusern. Wir sind Pflegekräfte, Ärzt*innen, Hebammen, Reinigungskräfte, Physio- und Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, MT-R-L-F-A's, Service-, Verwaltungs- und Technikangestellte.

Wir haben es satt, ausgenutzt und verheizt zu werden!

Die Bedingungen, unter denen wir arbeiten machen krank – und gefährden die Patient*innen. Burnout, Depressionen und chronische Rückenschmerzen nehmen zu. Stress und Überlastung sind der unerträgliche Normalzustand. Viele von uns sind unterbezahlt und prekär beschäftigt. Und wir sind viel zu Wenige. An uns wird gespart und es wird sich an uns bereichert. Patient*innen werden blutig entlassen und Angehörige sind gezwungen den Pflegenotstand selbst abzufedern. Das macht uns wütend und wir nehmen es nicht länger hin!

Seit der Einführung der Fallpauschalen agieren Krankenhäuser wie Konzerne im Konkurrenzkampf. Patient*innen und Beschäftigte werden den Zwängen von Kostendruck und Profitmaximierung untergeordnet. Ihr Leben, ihre Bedürfnisse und Sorgen, selbst ihre Schmerzen spielen keine Rolle. Im durchökonomisierten Krankenhausbetrieb sind Gewinn und Verlust, schwarze und rote Zahlen die einzigen, unerbittlichen Taktgeber.

Dieses System ist politisch gewollt und Sie, Minister*innen, stehen dafür in der Verantwortung.

Die Personaluntergrenzen, mit denen Sie vorgeben zu handeln,

ändern daran nichts. Sie bescheinigen sogar $\frac{3}{4}$ der Krankenhäuser, zu viel Personal zu haben und ermöglichen weiteren Stellenabbau. Die Menschen müssen entsprechend ihres Bedarfs versorgt werden und nicht entlang eines Minimums.

Die Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen und die Finanzierung jeder neu eingestellten Pflegekraft durch die Krankenkassen war ein richtiger Schritt in diese Richtung. Ihm muss jetzt die Einführung einer bedarfsorientierten Personalbemessung folgen und kein billiger Trick, der den alten Zustand wieder herstellt, etwa mit Pflegepauschalen.

Wir fordern eine echte Personalbemessung am Bedarf!

Schreiben Sie das gesetzlich fest! Führen Sie die verbindliche Bedarfsermittlung auf Basis einer aktualisierten Pflegepersonalregelung (PPR) und verlässliche Personalbemessungen für alle Berufsgruppen in den Kliniken ein. Stellen Sie die Finanzierung aller Personalkosten nach krankenhausindividuellem Bedarf dauerhaft sicher. Gewährleisten Sie nachhaltige Investitionsförderung durch die Länder. Schaffen Sie die Fallpauschalen als Abrechnungssystem ab!

Garantieren Sie damit gute Arbeitsbedingungen und bedarfsgerechte Versorgung in jeder Schicht. Dann – und nur dann – werden viele Teilzeitkräfte wieder aufstocken, Berufsausstieger*innen zurückkehren und junge Menschen werden sich wieder für den Pflegeberuf entscheiden.

Krankenhausbeschäftigte, Patient*innen und Angehörige aus ganz Deutschland stehen hinter diesen Forderungen und mit ihnen die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land. Denn alle wissen, dass es sie selbst oder Angehörige treffen kann und wird. Wir alle brauchen eine gute und sichere Versorgung im Krankenhaus. Wir haben ein Recht darauf! Gemeinsam mit über 20 Bündnissen aus dem gesamten Bundesgebiet fordern wir es ein.

Handeln Sie. Jetzt!

Mehr von uns ist besser für alle!

BR-Mobbing: Widerstand ist machbar!

Immer neue Fälle von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung werden bekannt. Wir dokumentieren im Folgenden deshalb wesentliche Inhalte aus dem Impuls-Referat des Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing“. Es wurde auf der 5. Konferenz „BR im Visier“ am 13.10.2018 in Mannheim vorgetragen.

BR-Mobbing ist die vorderste Front eines Kriegs der Gegenseite, um letztlich auch gewerkschaftliche Organisation im Betrieb zu be- oder gar verhindern.

Das ist kein Kavaliersdelikt, und es geht hierbei nicht um „Einzelfälle“. Es geht um ein strategisch angelegtes, kriminelles Vorgehen! Dadurch sollen engagierte KollegInnen eingeschüchert und fertig gemacht werden.

Um es deutlich zu sagen:

BR-Mobbing bedeutet massive Verletzungen von Grund- und Menschenrechten der betroffenen Betriebs- und Personalräte. [...]

Drei Mobbing-Situationen

[W]ir können im Wesentlichen drei Situationen erkennen, in denen es zum Mobbing von aktiven KollegInnen kommt:

1. wenn ein Betriebs- oder Personalrat noch nicht existiert und erstmals gebildet werden soll,
2. wenn ein bereits existierendes BR-Gremium beginnt, seinen gesetzlichen Aufgaben im Interesse der Belegschaft ernsthaft nachzukommen und
3. wenn Unternehmen oder Institutionen Personalabbau in größerem Ausmaß, Tarifflicht, Verlagerungen, Firmenverkäufe oder gar Standortschließungen planen.

Nach einem geheim gehaltenen „Drehbuch“ inszenieren dann Manager, „Unrechtsanwälte“, Detekteien und „Berater“ ihren Krieg gegen Betriebsräte und GewerkschafterInnen, die sie als „Hemmnisse“ für ihr Profitstreben ansehen.

Mit taktisch und flexibel genutzten Varianten eines 10-stufigen Modells der Eskalation wollen sie die Ausschaltung ihres Gegners erreichen – koste es, was es wolle.

Die betroffenen Betriebs- und Personalräte, ihre Belegschaften und die zuständigen Gewerkschaften verstehen leider oft nicht oder zu spät, was da geschieht.

Organisation wirksamen Widerstands

[W]ir haben mittlerweile Kernelemente eines strategischen Ansatzes für erfolgreichen Widerstand identifizieren können. Das Vorhandensein eines „harten Kerns“ von KollegInnen im Gremium und im Betrieb ist eine sehr wesentliche Voraussetzung für dessen Umsetzung.

Gegen BR-Mobbing kann und muss im konkreten Fall schnell, konsequent und wirksam auf drei Ebenen Gegenwehr geleistet werden:

1. betrieblich
2. juristisch und
3. (gewerkschafts-)politisch.

1. Zur betrieblichen Ebene

- Von BR-Mobbing Betroffene müssen umgehend ihr Gremium (oder dessen verlässlichen Teil) informieren und sich dessen Unterstützung versichern.
- Unbedingt ist ein „Mobbing-Tagebuch“ zu führen, um die Angriffe der Gegenseite gerichtsfest zu dokumentieren.
- Vertrauenskörper und Belegschaft sind aktuell über das BR-Mobbing zu informieren und dagegen zu mobilisieren.
- Um systematisch unsere Gegenmacht im Betrieb stärken zu können, sollten wir eine *Organizing-Strategie* verfolgen.
- Denn erfolgreiche Gegenwehr kann am besten mit einer hoch organisierten und gewerkschaftlich bewussten Belegschaft umgesetzt werden.
- Sie verbessert unsere Aktionsfähigkeit und verhindert die Einschüchterung und Spaltung der Belegschaft.

2. Zur juristischen Ebene

- Die sofortige Beauftragung eines im Thema BR-Mobbing versierten Fachanwaltes für Arbeitsrecht ist ein weiterer Eckpunkt.
- Erfolgreich ist eine Vorgehensweise nach dem Motto: „Die Schlange am Kopf bekämpfen, nicht am Schwanz!“
- Das heißt, es sind die Eigentümer, Unternehmensvorstände, Aufsichtsräte und „Unrechtsanwälte“ in die strafrechtliche Verantwortung zu nehmen.

3. Zur (gewerkschafts-)politischen Ebene

Von der zuständigen Geschäftsstelle der Gewerkschaft ist unbedingt Unterstützung einzufordern.

Durch sie kann und muss die öffentliche, medienwirksame Skandalisierung der betrieblichen Vorgänge und eine effektive Solidarität auf allen Ebenen organisiert werden. [...]

Forderungen

[W]ir fordern von unseren Gewerkschaften, endlich Opfern von BR-Mobbing, unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren. Damit kann ohne Verzögerung und wirksam finanzieller Druck beseitigt werden.

Wir fordern von unseren Gewerkschaften ferner, funktionsfähige schnelle gewerkschaftliche Einsatzgruppen zu bilden. Diese können eine umfassende Abwehr von BR-Mobbing unterstützen und gemeinsam mit den KollegInnen vor Ort Widerstand organisieren. [...]

Wir müssen noch mehr als bisher vom isolierten Ich zum gemeinsamen Wir kommen!

Organisieren und vernetzen wir uns noch besser als bisher! [...]

BR-Mobbing stoppen!

Dokumentation der 5. Konferenz „Betriebsräte im Visier“

S. T.

Am 13. Oktober 2018 hat die 5. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ im Mannheimer Gewerkschaftshaus stattgefunden. Jetzt ist die Dokumentation dieser Tagung fertiggestellt worden.

Einerseits werden positive Handlungsbeispiele gegen Betriebsratsmobbing beschrieben. Gleichzeitig gibt es aber auch meist sehr schockierende Berichte über verschiedene aktuelle Fälle von Angriffen auf Betriebs- und Personalräte.

Diese ausführlichen Darstellungen machen deutlich, wie mit „Verdachtskündigungen“, mit Bespitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes gegen aktive Mitglieder von Interessenvertretungen und gegen GewerkschafterInnen vorgegangen wird.

Depressionen und Selbsttötungsversuche

Aufgrund des Mobbings kommt es bei Betroffenen nicht selten zu schweren depressiven Erkrankungen und zu Selbsttötungsversuchen. Mit diesen unerträglichen Folgen befasst sich der Konferenz-Beitrag von Dr. med. Gerhard Bort. Er ist als Medizinaldirektor für das Regierungspräsidium in Stuttgart tätig. Sein Vortrag behandelt vor allem die gesundheitlichen Fragen um das Thema BR-Mobbing. Er beschreibt die Auswirkungen auf die Betroffenen aus medizinischer, rechtlicher und sozialer Sicht. Zudem zeigt er Reaktions- und Lösungsversuche auf.

Gewerkschaftliche Ansätze

Der Beitrag von Isaf Gün vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt thematisiert neu entwickelte Ansätze zur koordinierten Bekämpfung von Betriebsrats-Mobbing und „Union Busting“

Unter der Überschrift „Gewerkschaftliche Gegenwehr – Vom Beschluss zur Praxis?“ werden verschiedene Maßnahmen gegen das BR-Mobbing vorgeschlagen. Diese reichen von gezielter Weiterbildung in Form von Seminaren, über psychologische Betreuung durch Mobbingberatungsstellen bis hin zur Installation einer „Task Force“. Das ist eine schnelle Eingreiftruppe, die zur wirksamen Unterstützung Betroffener eingesetzt werden soll.

Dieses Maßnahmenbündel soll durch ei-

ne verbesserte Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, um den Mobbern und Gewerkschaftsfeinden das Handwerk legen zu können.

Konsequenzen gefordert

Eine von den Konferenz-TeilnehmerInnen verabschiedete EntschlieÙung stellt die konsequente Bekämpfung des BR-Mobbing als absolut notwendig heraus. Sie betont in diesem Zusammenhang den Skandal, dass von Politik, Justiz und Medien diese fortgesetzte Verletzung von Grund- und Menschenrechten immer noch weitgehend ignoriert wird.

Es sei vor allem die Aufgabe der Gewerkschaften, gegen diesen Skandal vorzugehen. Nach der IG Metall und ver.di habe nun auch der DGB entsprechende Beschlüsse zum Kampf gegen BR-Mobbing gefasst. Aber es gebe noch viel Raum für deren Umsetzung und für das Engagement anderer Gewerkschaften.

Praktische Hilfestellungen

Die Dokumentation ist vor allem als praktisch verwendbares Informationsmaterial gedacht. Die verschiedenen Tex-

te zeigen nicht nur Handlungs- und Verhaltensmöglichkeiten auf, sondern sie können vor allem auch Mut machen. Das hilft bei der notwendigen Auseinandersetzung mit den BR-Mobbern.

Die Broschüre sollte unbedingt von Betriebs- und Personalräten sowie GewerkschafterInnen genutzt werden. Die Lektüre ist allen Aktiven dringend zu empfehlen.

Die positive Botschaft der Dokumentation lautet: „Widerstand ist machbar! Die Unterstützung muss aber organisiert werden, denn allein machen sie Dich ein!“

Zum Schluss darf auch nicht der Hinweis auf den 19. Oktober 2019 fehlen. Dann wird nämlich in Mannheim die 6. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ stattfinden. ■

Tipp:

Die Dokumentation der 5. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ kann beim Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ bestellt werden.

Email:

solidaritaet@gegen-br-mobbing.de



5. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim, 13. Oktober 2018.

Foto:helmut-roos@web.de.

ISO-Seminar

„Was wurde aus der Novemberrevolution?“

U. D.

Am Samstag, dem 08. Dezember 2018, fand das Seminar der ISO Rhein-Neckar zur Novemberrevolution 1918 statt. Zwei Genossen referierten über ihre Ursachen, ihren Verlauf und ihr Scheitern. Vielfältige Anmerkungen, Diskussionsbeiträge und Nachfragen aus dem Kreis der TeilnehmerInnen rundeten einen gelungenen Nachmittag ab.

Es lohnt sehr, sich mit diesem „deutschen“ Versuch einer sozialistischen Revolution zu befassen. Die folgende, lückenhafte Seminar-Zusammenfassung soll dazu anregen.

Ursachen und Auslöser der Novemberrevolution

Der Erste Weltkrieg mit seinen Gräueln, seinen Entbehrungen und seinen Millionen Toten war die entscheidende Ursache der Novemberrevolution.

Der wachsende politisch-organisatorische Einfluss der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg hatte ihn jedoch nicht verhindert. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 04. August 1914 führte in der Folge zur Spaltung der SPD in Kriegsbefürworter und Kriegsgegner.

Die Existenz kleiner klassenbewusster, revolutionärer Kerne vor allem in den (Metall-) Betrieben Berlins war ein zentraler Faktor des Widerstands gegen den Krieg. Sie waren geheim organisiert und nannten sich selbst „Revolutionäre Obleute“. Ihr Sprecher war Richard Müller. Diese Kerne waren wesentliche Organisatoren der großen Antikriegsstreiks 1916, 1917 und 1918 und wichtige Aktivisten der Novemberrevolution.

Einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung im Deutschen Reich hatten die beiden russischen Revolutionen des Jahres 1917. Sie stärkten die Hoffnungen auf Frieden und radikale gesellschaftliche Veränderungen.

Nicht zuletzt sind die Matrosen der kaiserlichen Kriegsflotte zu erwähnen. Ihre Meuterei gegen einen Einsatzbefehl noch Ende Oktober 1918 löste letztendlich in Kiel die gemeinsam mit den ArbeiterInnen „begonnene“ Revolution aus.

Verlauf der Novemberrevolution

Die Revolution verlief anfangs ungeheuer

dynamisch. Innerhalb weniger Tage bildeten sich im ganzen Land hunderte von Arbeiter- und Soldatenräten. Die alte Obrigkeit und der Adel wichen dem revolutionären Ansturm. Zum Teil kam es zur Gründung von Räterepubliken (u. a. in Bremen und München).

Eine große Schwäche der revolutionären Bewegung war ihr Vertrauen in die „alte“ Sozialdemokratie. Nicht zuletzt waren die RevolutionärInnen ungenügend politisch organisiert und verankert.

Erhebliche Bedeutung für den Ausgang der Revolution hatte die verräterische Rolle der damaligen Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) unter Ebert, Scheidemann und Noske. Der MSPD-Führung ging es nicht um die Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen (Räte-) Republik.

Ihr Ziel war die Eindämmung und Kontrolle der revolutionären Welle und in Teilen sogar der Erhalt der Monarchie. Dafür war sie bereit, die reaktionären und ultranationalistischen Freikorpsverbände militärisch gegen die revolutionären Kräfte einzusetzen. 5.000 sozialistische ArbeiterInnen, Matrosen und Soldaten fielen dem blutigen Wüten von Freikorps und Reichswehr zum Opfer. Darunter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die am 15. Januar 1919 ermordet wurden.

Folgen der Novemberrevolution

Noch 1919 und in den Folgejahren kam es in der Weimarer Republik zu massiven Kämpfen zwischen revolutionären und reaktionären Kräften. Letztendlich wurde die Revolution besiegt und der Kapitalismus gerettet.

Aufgrund dieser Entwicklung vertiefte sich die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung sowohl politisch-organisatorisch wie auch hinsichtlich einer einheitlichen Aktionsfähigkeit. Ohne dies hier näher ausführen zu können, war sie auch für die bürokratisch-diktatorische Entwicklung Sowjetrusslands unter Stalin und die Stalinisierung der III.

Internationale mitverantwortlich.

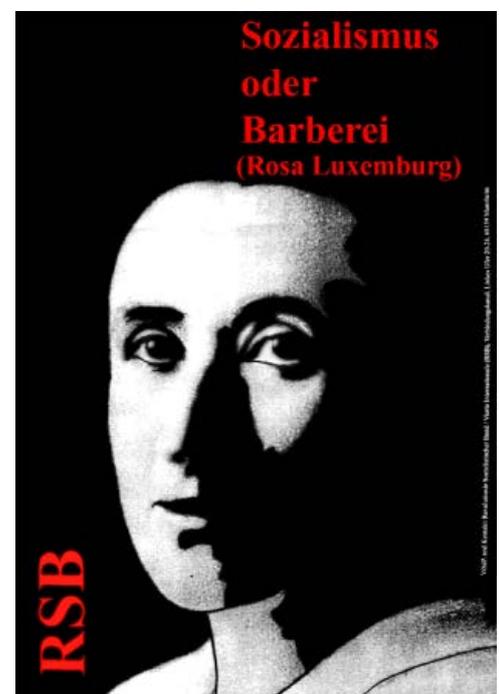
Ein Sieg der deutschen Novemberrevolution 1918 hätte mit großer Sicherheit der Geschichte Deutschlands, Europas und der Welt im 20. Jahrhundert eine andere Richtung gegeben. So aber führte der Weg von der Niederschlagung der Novemberrevolution in wenigen Jahren zum Sieg des Faschismus, seinen mörderischen Konzentrationslagern, dem Holocaust und den Schlachtfeldern des II. Weltkrieges. ■

Zum Schluss zwei Buchempfehlungen

Wer nicht am Seminar teilnehmen konnte, hat einen fundierten Einstieg in das Thema verpasst. Um diesen nachholen zu können, empfehlen wir die Lektüre vor allem folgender beiden Bücher:

Zum lesbaren Einstieg *Die deutsche Revolution* von Sebastian Haffner, 1969 unter dem bezeichnenden Titel *Die verräterische Revolution* erstveröffentlicht.

Zudem das spannende, aber umfangreiche Werk *Eine Geschichte der Novemberrevolution* von Richard Müller (dem Sprecher der „Revolutionären Obleute“).



Die „menschlichen Kosten“ ausgebliebener Revolutionen*

Ernest Mandel

Im November/Dezember 1918 und im März 1920 stand ein Rätedeutschland auf der Tagesordnung. Die Zusammenarbeit von Mehrheitssozialdemokratie, Militär und bürgerlichen Eliten – sowie die Tatsache der noch unreifen und zu schwachen Führung der Revolution – hat die Niederlage von 1918-19 und des revolutionären Ansatzes von 1920 verursacht.

Für diese verpasste Revolution haben die deutsche ArbeiterInnenklasse, große Teile der übrigen Bevölkerung und die ganze Welt einen hohen Preis bezahlt.

Selbstverständlich kann mensch einen realen historischen Prozess nicht durch einen imaginären ersetzen, ausgehend von der Formel: „Was wäre geschehen, wenn...“. Aber es ist durchaus möglich, alternative objektive Möglichkeiten empirisch plausibel zu machen.

Zwar spielen bei Revolutionen und Konterrevolutionen Klassen, bedeutsame Klassenfraktionen und Parteien die entscheidende Rolle. Aber Klassen und Parteien bestehen aus Menschen, jedeR Einzelne mit der ihm eigenen Subjektivität. Und „Führungspersönlichkeiten“ spielen im Aufstieg wie im Niedergang von Revolutionen eine zentrale Rolle, und zwar, weil an entscheidenden Umschlagpunkten des historischen Prozesses der subjektive Faktor – Einsicht, Entscheidungskraft, Fähigkeit, die Interessen der Klasse deutlich zum Ausdruck zu bringen, Fähigkeit, sie zum Handeln mitzureißen usw. – eine Schlüsselrolle spielt.

Fünf Thesen

Die folgenden fünf Thesen dürften mehr als bloße Spekulationen, sie dürften empirisch beweisbar sein:

1. Die geschlagene deutsche Revolution von 1918/19 bzw. die erwürgten revolutionären Möglichkeiten von 1920 und 1923 waren ein Wendepunkt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Eine siegreiche Revolution in Deutschland und deren Zusammenarbeit mit der russischen Revolution in den ersten Monaten und Jahren nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Reiches wurde von den Zeitgenossen als realistisch betrachtet; von der internationalen Konterrevolution vielleicht noch stärker als von der Kommunistischen Internationale. Mensch braucht sich nur die Äußerungen des britischen Politikers Winston Churchill und des französischen Marschalls Ferdi-

mand Foch anzusehen.

2. Die Vereinigung der siegreichen Oktoberrevolution mit einer siegreichen Revolution in Deutschland und Österreich hätte ganz Mittel- und Osteuropa einschließlich Italien sozialistisch umgestaltet. Auch ohne Ausdehnung auf Frankreich oder England hätte dieser sozialistische Staatenbund die Geschichte Europas und der ganzen Welt in andere Bahnen gelenkt.

3. Der Sieg der bürokratischen Diktatur in Sowjetrußland wäre unwahrscheinlich geworden. Entscheidend für das wachsende Erlahmen der Selbsttätigkeit der sowjetischen ArbeiterInnenklasse ab 1920 und damit für den Sieg der stalinistischen Diktatur waren zum einen – kriegs- und bürgerkriegsverursacht – der Hunger und die Desorganisation der Wirtschaft, zum anderen die schwindende Hoffnung in Sowjetrußland auf die Weltrevolution.

Diese beiden entscheidenden Momente für den Sieg der bürokratischen Diktatur wären durch eine Verschmelzung eines Rätedeutschlands mit Sowjetrußland weitgehend zu vermeiden gewesen. Die deutsche

Industrie und der russische Markt, unter Führung der arbeitenden Klasse vereinigt, hätten die schlimmste Misere rasch aufheben können.

4. Die Verheerungen der großen Weltwirtschaftskrise ab 1929 wären breiten Teilen Europas erspart geblieben.

5. Die Krise der Kolonialreiche wäre zwanzig Jahre früher zum Ausbruch gekommen. Mindestens hundert Millionen Menschen, die in der Zeit zwischen 1918 und 1945 weltweit elend zugrunde gingen, wären am Leben geblieben.

Das ist der Umfang der weltgeschichtlichen Tragödie der verpassten deutschen Revolution 1918/19: Es hätte weder Stalin noch Hitler, weder Auschwitz noch den Gulag, wahrscheinlich auch nicht den Zweiten Weltkrieg gegeben.

* [Aus: Avanti von November 2008. Quelle: Ernest Mandel, Drei Niederlagen der deutschen Revolution: Eine weltgeschichtliche Tragödie; in: Jakob Moneta, Mehr Macht für die Ohnmächtigen, Reden und Aufsätze, Frankfurt/Main, 1991. S.7 ff., Bearbeitung: J. A., Red.] ■



Revolutionäre Demonstranten am 9. November 1918 in Berlin, Unter den Linden.

Vor hundert Jahren Der Januar-Aufstand 1919

E. B.

Mit der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten, dem linken USPD-Mitglied Emil Eichhorn, provozierte die MSPD-Regierung Ebert/Noske am 4. Januar 1919 ihre revolutionären GegnerInnen. Die örtliche USPD-Führung und die „Revolutionären Obleute“ riefen für den darauffolgenden Tag zu Protesten auf. Die neugegründete KPD spielte damals nur eine Nebenrolle.

Am 5. Januar legten viele Tausende die Arbeit nieder und strömten auf die Straßen. Bewaffnete Demonstranten besetzten unter Anstachelung und Mitwirkung von Provokateuren Druckereien und Verlagsgebäude im Berliner Zeitungsviertel.

Ein am selben Abend gebildeter Revolutionsausschusses aus USPD und KPD rief zum Sturz der Regierung Ebert/Noske und zum Generalstreik für den 7. Januar auf. Die „Revolutionären Obleute“ hatten aufgrund der Stimmung in den Betrieben nur für den Generalstreik gestimmt.

Etwa eine halbe Million Menschen beteiligten sich an den neuerlichen Protesten. Versuche, die Konflikte auf dem Verhandlungsweg zu beenden, wurden von der Regierung Ebert/Noske abgelehnt. In ihrem Auftrag kämpfende Freikorps und reguläre Truppen leisteten „ganze Arbeit“. Sie ermordeten Parlamentäre und viele Gefangene aus den Reihen der Aufständischen.

Drei Tage nach der brutalen Niederschlagung der Revolte verhafteten Freikorps Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als „Rä-

delsführer eines bolschewistischen Umsturzversuchs“ und ermordeten sie am 15. Januar 1919.

Historisch sind die damaligen Ereignisse weitestgehend aufgeklärt. Ihre politische und gesellschaftliche Aufarbeitung steht aber immer noch aus. ■



Barrikade während der Januarkämpfe in Berlin, 12. Januar 1919.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 15.01.2019, 19:30 Uhr, Film „Rosa Luxemburg“, Cinema Quadrat MA
- DO, 24.01.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 25.01.2019, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA
- SA/SO, 26./27.01.2019, 13:00 Uhr, Wochenendseminar „Rätedemokratie“, Frankfurt/M.
- DO, 31.01.2019, 19:00 Uhr, Veranstaltung „Die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich“, Gewerkschaftshaus MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

